

Wieder zu der jeweiligen Schiffzahl ab, so hat es nicht an seiner inneren Kraft zu eingebüßt.
Genuß. — Denn man das Problem des werbeständigen Kohles nach allen Seiten hin durch, so sieht man die zahlreichsten Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen. Nichtsdestoweniger müssen sie überwunden werden. Die Zeit ist zu ernt, als daß man abwarten und außerdem an einer Sache vorübergehen darf, die über kurz oder lang doch kommen wird. Heute haben die Regierung und die Arbeitgeberseite die Möglichkeit, die Frage gemeinsam mit den Arbeitnehmern ruhig und sachlich am Verhandlungstische zu lösen. Wie dagegen die Situation in ein oder zwei Wochen sein wird, weiß kein Mensch zu sagen. Man genirte die Zentralverhandlungsschlichtung zu gewinnen, um über die Lohnprobleme zu beraten. Wären alle Teilnehmer sich ihre Entschlüsse von dem Ernst der Lage diktiert lassen.

Der neue Marktzug.

Besprechungen des Reichstanzlers mit Bankvertretern.

Der Reichstanzler hatte, wie wir hören, heute vormittag eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken über die durch den neuen Marktzug hervorgerufene Lage. Die Besprechungen werden nachmittags fortgesetzt.

*

Der Untersuchungsbericht des Reichstags für die Marktzugsgeschichte hatte für heute u. a. den Direktor Wasser- mann in (Beitragstellung des Reichsbank) und Bankdirektor W. Schuler (Banken) geladen. Direktor Wasser mann schiederte zunächst die Vorgänge am Devisenmarkt während der Übergangsphase in deutscher Waise wie die bisherigen Exportbedingungen. Auf die bestimmte Frage des Abg. Schmidt nach den Devisenbeständen der Deutschen Bank und ihrer Liquidität zu den verschiedenen Zeiten konnte er keine Auskunft geben; er bat um eine Frist von einigen Tagen, um sich diese Ziffern zu beschaffen. Auf weitere Fragen des Abg. Dr. Geyl (Soz.) erwiderte der Sachverständige, er könne im Augenblick nur soweit sagen, daß die Devisenkonten an der Reichsbank Regierungen und anderer Ausländer der Deutschen Bank wahrscheinlich bedeutend stärker sind, als die Guthaben deutscher Wirtschaftskreise in fremder Währung; die allgemeinen Ziffern würden daher keine besonderen Schlüsse zulassen. Im übrigen seien die Guthaben auch täglich großen Schwankungen unterworfen.

Auf eine Frage des Abg. Deutsch (D. Wp.) befragte der Zeuge, daß der deutsche Außenhandel sich zum großen Teil nur mit ausländischen Devisen finanziere läßt. Darüber hinaus müsse man auch bedenken, daß die deutschen Banken mit einer großen Menge an zu erwerbenden Substanzen der deutschen Wirtschaft die Dienste nicht leisten könnten, die sie ihr leisten müssen. Die Banken befänden sich in einer schwierigeren Lage, als Handel und Industrie, die ihr Kapital stets verwerthbar anlegen könnten. Die Banken könnten den Anforderungen ihrer Liquidität nur dann gerecht werden, wenn sie dauernd über flüssige Gelder verfügen. Wie entwertet aber die Substanz der Banken sei, das ergebe sich aus den Kurven der Banknoten.

Die neuen Löhne für die Reichsarbeiter.

Heute Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Nachtstunden zu einer Einigung geführt. In derbstalfe A soll der Stundenlohn ohne Ortszulage für den Handwerker 4660 Mark, für den ungelerten Arbeiter 4273 Mark ab 15. Juni betragen. Die ersten Beträge für die laufende Woche kommen am Freitag zur Auszahlung. Der Spöthlohn für Ortszulagen beträgt künftig 68 v. H. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden heute geführt.

Neuwahlen in Italien?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 19. Juni.

Das „Giornale d'Italia“ will öffentlich wissen, Mussolini beabsichtigt, die Kammer sofort aufzulösen, falls die Majorität nicht durchgehe. Der König habe bereits das in diesem Fall notwendige Dekret unterschrieben.

Meine Berliner Zeit.

Hermann Bahr.

Zu Hermann Bahrs 60. Geburtstag wird bei S. Fischer, Berlin, ein autobiographisches Werk des Dichters betitelt „Selbstbiographie“ erscheinen. Wir bringen hier einen Abschnitt aus der zweiten Berliner Zeit zu Beginn der literarisch bewegten 60er Jahre.

Es war ein anderes Berlin, als das ich vor drei Jahren verlassen hatte. März 1888 war der alte Wilhelm gestorben, drei Monate darauf Kaiser Friedrich und am 20. März 1890 folgte der neue Herr den lästigen Bismarck fortgeschickt; auch gute Preußen, selbst der alte Fontane, fanden das ganz natürlich, der Alte war schon etwas klapprig geworden, er hatte, jagten sie, den Atem für das neue Tempo nicht mehr, nun hieß es sich auflösen. Als ich im nächsten Bahnhofs ausstieg, war mir doch etwas wunderbarig gemut: Berlin ohne Bismarck, Deutschland ohne Bismarck! Aber wenn ich in den ersten Tagen mit von dieser Verwunderung was werden ließ, verstand mich niemand. Bismarck? Ja seiner Zeit ganz tüchtig! Hat's übrigens in seinem Sachverstand dafür ja doch auch ganz schon, was er denn noch? Jetzt gilt's andere Dinge, dafür reicht der alte Kopf nicht mehr. Jetzt heißt's: Weltanschauung, aber hier hinaus, überall Deutschland voran! Es ist keine Schöpfung, jetzt wollen wir aber dafür sorgen, daß sie sich auch zu recht. Dafür hat dem Vorkenfeld der Sinn gefehlt. Er ist im Zentrum doch immer der Krautjunker geblieben, für die neuen Bedürfnisse reicht's nicht mehr, der neue Prinzipal hat ganz recht. Ein Eiferer anfangs? Aber fremden- liche Wille wollte doch der alte Steber ja nicht verstehen. Mit Sentimentalität ist Politik mal nicht zu machen. Ein Glück, daß der junge Mann das begriff! Mir will eben er dran, nur wollen wir dran, sagt uns hieß erst mal zehn Jahre machen, und die Welt soll anders aussehen! Von allen Seiten bekam ich das zu hören. Es war mit Bismarck ein wenig nicht mehr gegangen, er stand überall im Wege, gepieß ein Genie, aber das sah eben überlebt hatte. Jetzt war ein anderes Deutschland obenau, das wollte von der Reichsgründung auch was haben, das wollte sie sich nun endlich einfassieren, hat auf den Tisch! Und alle stimmten dem jungen Mann zu, der das vor zu reden, Zeit begriffen hatte. Ganz Berlin, ja ganz Deutschland war in Gausse. Ich erkannte die Stadt, erkannte das Land kaum wieder. Aber ich äußerlich sah alles anders, es war alles tippig geworden. Mir wappigstem Deserteurer wurde ganz bang, ich ganz allein trauerte den alten Berlin nach, dem Berlin G. A. Hoffmanns, Schinkels und der Königin Luise. Man lachte

Die Verhängung des Drucks im Ruhrgebiet.

Frankreichs Hoffnungen auf den deutschen „Zusammenbruch“. Die Verlegenheit der französischen Industrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. Juni.

Nach einer Mitteilung des „Recht Parisien“ sind nachfolgende neue Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet angedacht, um den passiven Widerstand zu „brechen“. Die deutschen Fabriken ist der Bezug von Kohle verboten, so daß ihre Produktion einstellend müssen; die Eisenbahnlinien im Innern des besetzten Gebietes, die bisher noch für den Verkehr und besonders für die Verpflegung der Bevölkerung sorgen, sind unter französische Aufsicht gestellt. Die deutschen Beamten haben also die Wahl, entweder ihren Dienst unter französisch-belgischer Regie fortzusetzen oder die Nahrungszufuhr ihrer Landsleute zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Beide Maßnahmen sollen seit drei Tagen in Kraft treten und haben angeblich bereits die Wirkung gehabt, den Willen der Ruhrbezügler zu „erschüttern“ und die Stimmung für die „Kapitulation“ zu stärken. Der deutsche Zeitungswesen ließ die jetzt wieder regelmäßig eintreffen, der weiß, daß diese Meldungen anwoh sind, und daß Verzweiflung und Not die heldenhafte Ausdauer der gemäßigten Menschen an der Ruhr nicht gebrochen haben. Über die Meldungen über die neue PreSSION sind wahrscheinlich zutreffend. Sie werden ergänzt durch lange Telegramme aus Berlin, welche die Wirkung der Markkafastrophe schildern und auf innere Unruhen in Deutschland vorbereiten. Alle Bemühungen der französischen Presse gelten jetzt dem Zweck, den „Zusammenbruch“ Deutschlands als unmittelbar bevorstehend anzukündigen und mit diesem „Zusammenbruch“ natürlich den neuen Sieg der französischen Politik, die nun endlich die Früchte ihrer zähen Energie ernten könnte. Daß diese Hoffnung ein Irctum ist, und daß die deutsche Katastrophe, wenn sie wirklich einträte, zugleich eine Katastrophe für Frankreich wäre, wird nicht gesagt, ebenso wie französische Zeitungswesen kein Wort über die vermissten Teile erfahren, die in der Presse aller Kulturländer über das Vorgehen der französischen Regierung zu finden sind.

Unverkäuflich muß es erscheinen, daß gleichzeitig mit dieser Verhängung des Drucks im Ruhrgebiet nach französischer Meldung in Deutschland Nachrichten über den Verhandlungsvorfall Poincaré aufgetaucht, sogar, wie heute morgen in der „Ere Nouvelle“ zu lesen ist, in Deutschland daran geglaubt (?) werden kann, die französische Regierung werde die deutschen Vorschläge über einen „Waffenstillstand“ vor Einleitung von Verhandlungen nicht zurückweisen. Die Reichsregierung brauche nur zu erklären, daß sie der Verbesserung des Ruhrgebietes die Freigabe, den positiven Widerstand aufzugeben, und dann würden die französische und belgische Regierung sofort die Fesseln der Besetzung lockern und die militärische Überwachung in eine wirtschaftliche Kontrolle umwandeln. Solche optimistischen Ankündigungen werden durch eine offizielle Erklärung bestätigt. Der Standpunkt der französischen Regierung ist auch heute, daß vor jeder Verhandlung der passive Widerstand bedingungslos aufgegeben werden müsse, und an keiner irgendwie maßgebenden Stelle ist etwas darüber zu erfahren, daß gleichzeitig mit den Zugeständnissen Deutschlands auch Zugeständnisse Frankreichs, in besonderen die Zurücknahme der Besetzung und Ausweitungsbefehle, zu erwarten sein würden. In den Kreisen der Großindustrie wird zuweilen davon gesprochen, daß es möglich sein könnte, einen Modus vivendi herzustellen, der zunächst einmal die Kohlen- und Kokslieferungen durch Deutschland wieder in Gang brächte und dafür der deutschen Industrie gewisse Vorteile sicherte. Aber auch diese Idee hat, soweit hier etwas darüber zu erfahren ist, eine feste Gestalt noch nicht angenommen, weil eben vor jeder Umänderung von den deutschen Industriellen Bedingungen gestellt werden müssen, welche nicht die französische Hüttenindustrie, sondern nur die französische Regierung zu erfüllen vermöchte. Ob solche Verhandlungen tatsächlich bereits fastgefunden haben, ist uns unbekannt. Daß von ihnen geredet wird, beweist nur die Verlegenheit der französischen Industrie und ihren Wunsch, einem unheilbaren wirtschaftlichen Zustand ein Ende zu machen. Die französischen Politiker, die eine freundschaftliche Entwicklung wünschen, sind der Meinung, daß nur England

eine Einwirkung auf Frankreich und Deutschland ausüben könne, und hoffen, daß die Antwort Poincaré auf das englische Memorandum nicht alle Möglichkeiten der Verständigung abschließen werde. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, vermag niemand zu sagen, was aber der Inhalt der französisch-belgischen Antwort bisher in den Betlungen gefanden, und der überg ist. Sollte es wirklich den Belgiern gelungen sein, Poincaré zu einigen Konzessionen zu bringen — Empfänger Mitteilungen betonen, daß in einem wichtigen Punkt die Absichten nicht übereinstimmen —, dann wäre das für die meisten französischen Politiker eine Überwindung. Aber man darf in dieser Hinsicht skeptisch sein. Wenn England einzeln will und einzuwirken vermag, dann stellen sich Diplomaten die weitere Entwicklung so vor:

Erklärung eines Ruhezustandes im Ruhrgebiet; Deutschland beginnt mit den Lieferungen von Kohle und Koks, Frankreich und Belgien gestalten die Besetzung „unmöglich“, eine Konferenz der Alliierten bereitet eine internationalen Konferenz vor, an der auch Deutschland teilnimmt. Die Lösung des Reparationsproblems wird dem Völkerbund übertragen, in dem auch Deutschland eintritt.

Dieser Gedanke wird an einigen Stellen durch einen Hinweis auf den Artikel Bernhard Dernburgs in „Berliner Tageblatt“ unterstrichen, der für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintritt.

Dies sind die Anschauungen und Hoffnungen einiger demokratischer Optimisten. Es ist allgemein bekannt, daß der Ministerpräsident Poincaré und seine Anhänger diesem Gedankenkreis sehr fern stehen. Alle Kombinationen über den Verhandlungswillen und entgegenkommenden Willen der französischen Regierung müssen also vermieden werden, bis die Welt über die Fortschritte Frankreichs und Belgiens Klarheit hat. Es ist möglich, daß wir nicht mehr lange zu warten brauchen, denn die letzten Mitteilungen aus Brüssel kündigen an, daß die gemeinsame Antwort in zwei Tagen fertiggestellt sein wird, gleichviel, ob das neue Kabinett Scheunus bereits gebildet ist oder nicht. Das Scheunus wieder mit der Regierungsbildung betraut werden soll, erregt in Paris Befriedigung. Aber die Faltung Englands sprechen sich offiziell Persönlichkeiten sehr vorsichtig aus, wenigstens die freundschaftliche Art der diplomatischen Verhandlungen mit harten Nachdruck betont wird. Eine gewisse Bedeutung wird dem angeführten Bericht des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon in London beigelegt.

Der Berliner „Antragsagent“ brachte gestern die Mitteilung, daß das Projekt einer neuen rheinischen Währung jetzt ausgearbeitet wird und infolge des weiteren katastrophalen Sturzes der Mark entz. zur Durchführung gelangen werde. Man habe sich bisher zur Einführung einer neuen Währung im Rheinland aus Grund der Gutachten der technischen Sachverständigen noch nicht entschlossen, jedoch könne die Tatsache, daß man sich auf den Westmärkten weigere, die deutsche Mark in Zahlung zu nehmen (eine durch keinerlei Tatsachen belegte tendenziöse Behauptung, die offenbar nur als Propaganda zu neuen widerrechtlichen Maßnahmen dienen soll, D. Red.), die Einführung der rheinischen Währung notwendig machen.

Die kleine Entente und Bulgarien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 19. Juni.

Auch das „Giornale di Roma“ weist auf die große Nervosität hin, welche die bulgarischen Ereignisse in Belgad hervorgerufen haben. Beachtenswert ist, daß die Tschschikowwaki Jugoslawen die Solidarität furchen, während Rumänen schweigen. Dies beweist, daß die kleine Entente Bulgarien gegenüber nicht einig ist. Das „Giornale di Roma“ macht ferner auf den sehr leichten Umstand aufmerksam, daß die jugoslawischen Politiker hinter den bulgarischen Vorgängen italienischen Eintus suchen. Ja man unterstelle geradezu, daß Italien, Ungarn und Deutschland an dem Staatsstreife Schuld tragen. England wage man nicht öffentlich zu nennen. Es gebe Männer, wie „Zegewinski Glavin“, welche geradeheraus erklären, daß kein Balkenrecht möglich ist, ehe der deutsche Einfluß in Bulgarien völlig ausgeschaltet und Bulgarien an Jugoslawien angegeschlossen sei.

Stünde nicht mehr angesichts werden, oder doch bloß stehend, ohne Handgemeine, freut's mich nicht mehr, dabei zu sein; ich habe mir bis zum heutigen Tag mein „Reizert“ noch immer nicht angeschaut. Mein Kamm, „Die gute Schule“, machte Entsetzen, und als gar „Die Mutter“ erschien, ward ich zum Kinderfreund der gestrigen Menschheit. Mir kam das alles so fremdher alteren vor, dieser Setze rings um mich, als ob ich ein erfahrungreicher Dichtung war; ich, der vor jeder Frau verlegen wurde, den ein werbendes Wort in Gegenwart einer Keilnerin beständ. Der Joten auch unter Männern nicht ansetzen kann, ich, dessen Gedächtnis eben immer vor der reinen Gehirnwärme vor dem Frau beiseit blieb, ich, weil dem auch auf der niedrigsten für mein Gefühl noch irgendein leibter leibter Anblick von der Gekümmter Maria liegt, unterer lieben Frau, deren Licht mir auch in der trüben Nacht meiner Gekümmter niemals ganz erlosch.

Mein bester Kamerad war damals Emanuel Reicher. Die Verwunderung für den Schauspieler übertrag sich gleich bei der ersten persönlichen Begegnung auch auf den Menschen, und wenn man vorwärts trat, daß ich ihn kühnlich überprüfte, der Mann selber in seiner arglosen Begierde, seiner tapferen Juraucht, seiner geliebten Lebensfrische, die mich heute den Gekümmter überprüfte, planen und immer wieder hassen und, halb in Berlin, halb in New-York, immer wieder was Neues unternehmen läßt, immer im größten Eifer, niemals um eigenen Vorteil, dieses Wunder untergeordnet Glaubens an die eigene Sendung, unerschütterlichen Vertrauens zur eigenen Kraft, unüberwindlichen Beharrens auf der eigenen Pflicht spitzer jeder Schwärze, es wird von keiner auch nur erreicht. Ich deutscher Schauspieler hat niemals so produktiv gewirkt, weder vorher, noch nachher; wer mit ihm auf der Bühne stand, gab dreimal mehr von sich, als ich sonst. Von keinem andern deutschen Schauspieler ging so viel fähiliebende Kraft aus. Nicht bloß Rosa Bertens, Rudolf Klinger und Josef Jarno, seine Kollegen in dem kleinen Reichstheater, können das bestätigen, seine Wirkung griff weit über die Macht unmittelbarer Berührung hinaus, und Drama wird nicht kleiner durch das Jugoslawien, daß sein Teil, Drama's Identität, der zehn Jahre lang die deutsche Bühne beherrschte hat, eigentlich in Reicher, in Reicher's Verdanklichkeit auch mehr als in seinen ungeheuren verständigen Fortwärtigen, weilzute. Die magische, so fast magische Gewalt, die Reicher unmittelbar ausstrahlte, merkte ich noch mehr als durch seine Kunst, erzielte auch vor oder nach eigenem Willen von der Kritiklosigkeit des großen Publikums, das er auf den heutigen Tag gelassen hat. Er selber kann auch keine persönlichen Mängel mehr an sich wahrnehmen, wenn die Begegnung mit den „Erleuchtungen“ seinen Blick zu öffnen, war er als der „Erleuchtete“ vor empfindlicher Gerechtigkeit, und sein Werk begann die Welt Kultur einer neuen Verbindung, er war unerschütterlich, unerschütterlich, die nicht bloß einen Dingen enthielten, sondern auch einen schärfer als anderen Beobachter, seiner Manuskriptentwürfe, die zugleich noch bald

Jugendwohlfahrt in der Gemeinde.

Drohende Ueberorganisation.

P. M. Der preussische Landtag wird sich in der nächsten Zeit mit einem Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 zu beschäftigen haben. Zweifellos ist ein solches Ausführungsgesetz nicht bloß deshalb notwendig, weil es sich dem Reichsgesetz vom 9. Juli vorigen Jahres im wesentlichen nur mit ein Paar Änderungen abhandelt, das nach der Eigenart der Länder und nach den örtlichen Verhältnissen ausgefüllt werden muß, sondern ebenso, weil es bei der heute mehr als je notwendigen Jugendfürsorge nicht auf Gemeinplätze, sondern auf tatsächliche Arbeit ankommt. Der sehrne Grundgedanke des Jugendwohlfahrtsgesetzes, daß jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur geistlichen, seelischen und gesellschaftlichen Mündigkeit erhalten soll, schwebt so lange in der Luft, als nicht die notwendigen Organisationen verbunden mit den erforderlichen Mitteln vorhanden sind, um dieses Programm auch zur Wirklichkeit zu machen. Der vorliegende Entwurf sucht deshalb diejenigen Gebiete zu regeln, die nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich der Landesgesetzgebung vorbehalten worden sind.

An der Spitze des Entwurfs steht nach dem Vorschlag des preussischen Staatsrats die Bestimmung, daß die Aufgaben der öffentlichen Jugendpflege mit Ausnahme der Fürsorgeerziehung, Selbstverwahrung und angelegenen Heilen der Gemeinden und Gemeindeverbände sein sollen. Für jeden Stadt- und für jeden Landkreis soll ein Jugendamt errichtet werden. Diese Anordnung wird für Berlin dahin ausgedehnt, daß für jeden der zwanzig Verwaltungskreise ein Bezirksjugendamt errichtet werden solle. Berlin soll also gleich mit 20 Jugendämtern beglückt werden. Der Staatsrat hatte dafür vorgeschlagen, daß die Stadtgemeinde Berlin durch Gemeindefürsorge in den Verwaltungskreisen Jugendämter errichten könne, er wollte also der Berliner Gemeinde die Entscheidung darüber, wie groß die Zahl ihrer Jugendämter bestehen werden solle, selbst überlassen. Aus einem nicht recht verständlichen Grunde glaubte das preussische Staatsministerium bei seinem Diktat bleiben zu müssen. Daß diese 20 Jugendämter durch ein Berliner Ortsgesetz errichtet werden müssen, ändert nichts an der Sache selbst. Schon hier wird man von einer gewissen Ueberorganisation sprechen müssen. Unseres Erachtens ist es zum mindesten sehr zweifelhaft, ob wirklich in dem alten Berlin die Einrichtung von sechs Jugendämtern einem Bedürfnis entspricht, und ob dabei nicht der behördliche Aufwand fast doppelt so groß als die wirkliche Leistung im Interesse der Jugend. Das gleiche Bedenken wird man auch gegen den § 14 des Entwurfs erheben müssen, der für jeden Provinzialverband und selbstverständlich auch für Berlin ein Landesjugendamt errichten will.

Die Zusammenlegung der einzelnen Jugendämter in den Stadt- und Landkreisen dürfte jedenfalls sehr schwerfällig werden. Zunächst sollen ihnen der Kreisrat und der Medizinrat sowie die Vertreter der christlichen Kirchen und der Synagogengemeinden, soweit Gemeinden dieser Bekenntnisse im Bezirk vorhanden sind, angehören. In den Berliner Bezirksjugendämtern soll je ein Geistlicher der drei Religionsgemeinschaften Mitglied sein, auch wenn die sonst geforderten Voraussetzungen nicht vorhanden sind. Dann soll weiter der zuständige Gewerbeaufsichtsbekanntmachung zur Teilnahme an den Sitzungen berechtigt sein und in ihnen beratende Stimme haben. Außerdem kommt in das Jugendamt weitere Mitglieder kraft ihrer Aemter berufen werden, doch soll ihre Zahl höchstens ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder betragen. Die Auswahl der übrigen Mitglieder soll aus Männern und Frauen erfolgen, die in der Jugendwohlfahrt erfahren sind. Hierin müssen drei Fünftel von der Vertretung des Selbstverwaltungskörpers gewählt werden. Im Rahmen der vom zuständigen Selbstverwaltungskörper zu regelnden Sitzungen sollen die Jugendämter selbstständig und an Weisungen nicht gebunden sein, sich also einer größeren Bewegungsfreiheit als die übrigen Departementen erfreuen. Ihre Bindung geht allein dahin, daß sie nur über die durch Haushaltsplan ihnen zugewiesenen Mittel verfügen können.

Kindern und Notleidenden waren, aber auch Kostenträger, die sich, abends entrollt, als Nachbarn gebrauchen ließen — doch in meiner Erinnerung sagten sie keine Wörtchen mit den von uns Epitaphen erfindenden Gefährten vermischt.

Mein Berliner Leben verlief immer mehr an Meis. Der Betriebsamkeit schloß sich schon deutlich an, zu dem mir jedes innere Verhältnis feilsch; ich kam einfach nicht zu stehen, daß er sich erträglich ganz sinnlos kam mir mit der Zeit alles vor. Das Beste waren wohl die Stunden an unserem Stammtisch im Kaiserhof, harmonisch, ein Länger von der königlichen Oper, im Nebenamt Schachspieler, präsierte da terroristisch. Er war der laueste Spieler im Streit für Gelehrer Hauptmann, er hat Reicher zum Gewürze über die neue Schachspielkunst ermannt, er gab die Lösungen für das künstlerische Berlin aus, und wenn wir uns inbegehung über ihn befragten, empfanden wir doch, daß geistige Medien unangenehm Willenskraft allein entfaltet. Als wir später in Wien die Schladtäten mit der Sezession schlugen, hab ich im stillen oft nach einem Harmonisi geleugert; der Wiener, der für etwas einsteht, weiß zu gut, was dagegen spricht, vor lauter Berechtigt ist sein Herz immer beim Gegner.

An unserem Stammtisch und dem noch mächtigeren nebenan, dem Philipp Steins von der „Frankfurter Zeitung“, nach dem hin wir auf die Wisse Gränzfleis herdrin, wurden damals die Stichworte für den Berliner Geist ausgegeben. In allen Großstädten wird der öffentliche Geismat durch ein Duzend schlafter Geister bestimmt, die selber kaum wissen, was eigentlich sie zusammengeführt hat, durch eine Freimaurerei des Zufalls; das Bedürfnis der Städte, sich letzten zu lassen scheint so faul, daß ihm willkommen ist, wer immer sich nur als Vener zu fühlen weiß. Nur auf dieses Gefühl kommt's offenbar an, und das hatten wir reichlich. Auch dem jüngsten, dem jüngsten unter uns sah man es an, den wir alle so gern hatten, weil er mit dem letzten Talent begabt war, mit dem Talent. Den anderen zuzuhören. Ich kann mich kaum eines anderen Umgangs von solcher Bequemlichkeit hergehenden Schweizern entfinden, in das gefüllt, lauland vorgebeugt, ganz Ohr, damals fühlte ich Sollen unter uns, ich jeder Witz, jedes Wort, allen Geist gleichsam einfügend, aufhängend und selber nur antwortend durch ein Aufsteigen innerer Erregung. Er hat dann später beim Theater schon aus dreizehnen Akten, aber die Akten der unbedeutendsten Antikität. Geist aufzunehmen und in eigenes Leben, persönliches Erleben umzusetzen, so lauland sich davon durchzusetzen zu lassen, ist ihm geblieben. Nach die letzte Nacht, bevor ich von Berlin schied, lag er, während ich redete, bei mir, und unversehrt ist mir das Fieber, das den in Österreich lauland den Jüngling zu verzehren schien.

Ich hatte mich plötzlich entschlossen, abzureisen, Meisler ging nach Petersburg. Ich fuhr mit. Mir war jeder Vorwand recht, nachzugehen. Ich kannte mich über Berlin nicht besorgen, was sollte mir denn? Ich hatte Freunde, war „bequem“, ja, bequämig!

Die Anträge des Staatsanwalts im Münchener Prozeß.

Lebenslängliches Zuchthaus für Fuchs.

Der Beginn der Plaidoyers.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 19. Juni.

Im Hochverratsprozeß Fuchs begann der Anklagevertreter Staatsanwalt Kellers heute vormittag sein Plaidoyer. Zunächst wandte er sich gegen die Berliner Verleumdung, die den Selbstmord Machaus in Frage gestellt habe. Aus den nachgelassenen Briefen und der letztwilligen Verfügung des Machaus ging ohne Zweifel hervor, daß dieser den Entschluß gefaßt habe, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Er gab in dieser Verfügung dem Wunsch Ausdruck, daß seine Leiche verbrannt werde, und setzte hinzu: Der Leibernen, der mir zur letzten Tat dienste, soll mit mir verbleiben. Der Staatsanwalt geht dann auf die Anklage ein. Die Angeklagten Fuchs und Munt hätten es in Gemeinschaft, mit dem verstorbenen Machaus unternommen, dem deutschen Volk die letzte Waffe, seine nationale Einheit, aus der Hand zu schlagen. Ihre Absicht, daß die Aktion sich gegen den drohenden Bolschewismus gerichtet habe, sei durch die Bestätigung des Machaus, Schäfer und Kauter und Friedmann widerlegt. Auch sprächen sich für die Schuld von Fuchs und Munt die beiden Mitgeschickten Machaus und Köhler, und Munt sei auch stumm feind. Besonders Gewicht legt der Anklagevertreter auf das Eingekündigte des Fuchs in der Hauptverhandlung, daß der frühere Kronprinz Rupprecht ihm nicht den Auftrag erteilt habe, ihn dem französischen Kommandanten Richert in offizieller Eigenschaft zuzuführen. Gerade dieser Fall sei kennzeichnend für die Struktur des Fuchs, der eine ganz unverständliche Sache mit einem Königen Wahrheit in ihr Gegenteil verdrehe, während er doch selber die ferndeutliche antiparitätliche Stimmung Rupprechts zugebe. Seine zahlreichen politischen Beziehungen erweisen den Fuchs auch entgegen seiner Betörung als politische Persönlichkeit. Auch daß er sich jetzt an die Polizeidirektion und das Wehrkreiskommando gewandt habe, um aus der Sache herauszukommen, beweise sein schlechtes Gewissen. Fuchs wollte die Separation Bayerns und deshalb habe er sich an Frankreich gewandt, dessen Zertrümmerungsabsichten gegenüber Deutschland feilschen. Das Richert im Auftrage der französischen Regierung handelte, gehe aus seinen eigenen Äußerungen hervor. Auch am 20. Februar habe er dem wirklichen und vermeintlichen Mitarbeiter erklärt, Frankreich brauche die Aktion zur Unterdrückung seiner Ruhrbesetzung. Das Fuchs und Machaus trotz dieser Äußerung nicht verhandelt hätten, sei das traurigste. Das sei den Angeklagten nicht um einen monetarischen Nutzen, sondern um eine dauernde Kreuzung Bayerns vom Reiche zu tun gewesen sei, beweise die von ihnen vorgelegene Einführung einer eigenen bayerischen Geldwährung und die Verleumdung der Weimarer Verfassung. Als Bewegung der ganzen Beschuldigung nennt der Staatsanwalt, dessen ruhige, lebensdienliche Ausführungen tiefen Eindruck machen. Chergitz und Kumpfsucht an. Als leicht beeinflussbarer Mensch sei Fuchs dem persönlichen Einfluß des Transparen Richert unterlegen, der ganz mit seiner auch im Auftrage gefälligen Brutalität den Fuchs durch Drehungen immer weiter getrieben habe. Da Fuchs in der kritischen Zeit ohne wirtschaftliche Erlöse war, so hat er nach Auffassung des Anklagevertreters von den französischen Geldern gewisse Summen für sich vermischt, und zwar veranschlagt der Staatsanwalt die von Fuchs und Machaus für sich persönlich verbrauchte Summe auf neun Millionen Mark. Die Anklage gegen Fuchs und Munt betreffe also gewaltsame Verleumdung, gewalttätige Verleumdung Bayerns vom Reiche und die dazu notwendigen Ausführungsarbeiten einmal in der Verbindung mit Richert und dann in ihrer innerpolitischen Vertiefung. Fuchs sei des vollendeten Verbrechens des Hochverrats schuldig. Mit den vaterländischen Organisationen und durch die Propaganda an das deutsche Volk habe Fuchs und Machaus einen schamlosen Betrug getrieben, indem dabei die französische Mitwirkung und Zertrümmerungsabsicht verheimlicht worden sei. Der Staatsanwalt geht dann auf die wirtschaftlichen Abmachungen und Verhandlungen der Verschwörer mit Frankreich, Ungarn, Italien und der Tschechoslowakei ein.

und gehörte schon völlig mit dazu. Mir kam mir dies alles, was „ich da tat“, mit mir und um mich, so furchtbar sinnlos vor, ich glich für mein Gefühl einem Schachspieler, der schon auf der Bühne, plötzlich gewaltig, aber er unterheben in ein solches Stück geraten ist, für eine Rolle gekleidet, die darin gar nicht vorkommt, voll Kraft, was jetzt eigentlich geistlos sein, wenn das Publikum es ernt merkt! Mein Geisteslogie mir, daß ich hier erst am Ort war. Ich hatte freilich Stunden, wo mir vorfam, ich folgte überall in der Welt, fast am Ort zu sein, noch heute hab' ich solche Stunden. Aber zunächst war ich jedenfalls sehr vergnügt, als ich mit Meisler im Zug nach Petersburg fuhr; ein blutiges Ding aus Elberfeld fuhr auch gestieren mit, Fräulein Lotte Witt.

Die Berliner Staatsoper in Kopenhagen. Die Berliner Staatsoper gab in Kristiania als erste Vorstellung vor ausser-taustica Schule Schillings „Mona Lisa“. Die Künstler fanden hierer Beifall. Der Komposit wurde wiederholt hervorgerufen.

Deutsche Volkstümliche Woche in Baden. Der Plan des badischen Stadttheaters, in Rahmen einer „Deutschen Volkstümlichen Woche“ einen Aufführungskreis deutscher Dramen und Opern unter Mitwirkung, erster Künstler aus dem Reiche zu veranstalten, wurde wegen neuerer Verhältnisse schmerzhaft aufgeben werden. Statt dessen findet in der letzten Juniwoche eine „Deutsche volkstümliche Woche“ mit eigener Kräfte statt, die zu billigen Preisen eine Gesamtaufführung des „Ring“, eine Aufführung des „Urfaul“ und des vor-turgen hier zur Aufführung gekommenen Schaffers „Demetrius“ vorsieht.

Reise der Schloß Kellers. Es werden in diesem Jahre wieder in Kellers Aufführungen veranstaltet, die jedesmal eine Folge von zwei Abenden darstellen und dreimal wiederholt werden sollen. Der erste Abend ist als „Schilderabend“ gedacht und soll die unmittelbare Arbeit, wie sie aus dem Unterricht erwächst, zeigen. Als Ergänzung dieses Abends, in dem ein vorwiegend erzählerischer Gesichtspunkt vorzerricht, wird der zweite Abend das künstlerische Moment stärker betonen. Diesmal kommen nicht mehr wie im vorigen Jahre Fragmente zur Aufführung, sondern einheitliche Aufführungen: Die „Anagninische“ von Valerio Massimo und das „Tanzspiel“ „Der fahrgestrichelte Prinz“ von Bela Bartok. Aufführungstage sind der 30. Juni und 1. Juli, ferner 7.8. und 14.15. Juli.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Stille Kriemhild. Berlin S. A. Eröhm. Der Unter-Verhandlung des Münchener Prozeßes, wurde von dem Aufständigen, verstand mit Genehmigung des bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus am Jambienben der Bayerischen Landesoberverordneten ernannt.

Der Angeklagte Munt ist durch den ihm befreundeten Dr. Adlke zweifelslos schon frühzeitig in die Vernehmung eingeweiht worden. Er habe eine militärische Demonstration der Fachsen gegen die sächsische Grenze angestrebt und mit der Okkupation Meißel Oberlausitz durch die Tschechen gerechnet. Munt sei der Beihilfe schuldig. Auch der Angeklagte Gerger und die Brüder Gutermann waren nach Ansicht des Staatsanwalts durch Machaus darüber informiert, daß eine Aktion bevorstehe, bei der sie mitmachen sollten. Der separatistische Charakter der Aktion und die französische Mitwirkung dabei sei ihnen jedoch nicht bekannt gewesen. Sie hätten lediglich ein angreifbares Vorgehen gegen den Bolschewismus mitmachen wollen, was jedoch auch eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung hätte.

Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt folgende Strafen: Gegen Professor Georg Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, 10 Millionen Mark Geldstrafe, Überweisung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Einziehung der bei Machaus beschlagnahmten Beweise; gegen Johann Munt 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft, 50 Millionen Mark Geldstrafe, 10 Jahre Ehrenverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht, Anweisung auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, vorläufige Beschlagnahme der geleisteten Sicherheit von 50 Millionen Mark und sofortige Wiedererstattung wegen Nachgedacht;

für Johann Berger zwei Jahre Festung unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und 300 000 Mark Geldstrafe; gegen Rudolf Gutermann ein Jahr 5 Monat Festung unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft und 1 Million Geldstrafe. Die Geldstrafen sind ev. in Gefängnisstrafen umzuwandeln.

Für den Angeklagten Richard Gutermann beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.

Die Rechtsgültigkeit der Volksgerichte. Sachen verweigert die Rechtshilfe. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 19. Juni.

Die bayerische Staatsregierung hat sich wie feinerzeit berichtet an das sächsische Justizministerium gewandt mit der Anfrage, ob es richtig ist, daß das sächsische Justizministerium die Anweisung erteilt habe, dem Reichspräsidenten der bayerischen Volksgerichte nicht stattzugeben, da es sich hierbei um keine ordentlichen Gerichte handelt. Wie wir erfahren ist, die Antwort des sächsischen Justizministers in München eingetroffen und bekräftigt im wesentlichen die Möglichkeit der Behauptung, welche Entschlüsse und Beschlüsse die bayerische Regierung aus dieser Antwort ziehen wird, steht im Augenblick noch nicht fest.

Der Reichspräsident in Weimar.

Weimar, 19. Juni (W. Z. S.)

Der Reichspräsident ist von Ministerpräsident Dr. Meisler und dem thüringischen Vertreter bei der Reichsregierung, Dr. Münzler, begleitet, heute vormittag zu einem Besuch der thüringischen Landesregierung und zur Eröffnung der Jugendkämpfe des Schiller-Bundes hier eingetroffen. Am Bahnhof wurde der Reichspräsident von Staatsminister Frick, dem Vorsitzenden des Deutschen Schiller-Bundes, Dr. Scheibemantel, dem Stadtdirektor und dem Kreisdirektor empfangen. Um 12 Uhr fand im Gebäude des thüringischen Finanzministeriums eine Besprechung des Reichspräsidenten mit dem thüringischen Reichspräsidenten der thüringischen Regierung und dem Landtagspräsidenten statt.

Das Auswandererlager in Danzig.

Ein Danzig-polnisches Abkommen. (Von unserem Korrespondenten.)

Danzig, 19. Juni.

Nach vor Abschluß der polnisch-danziger Konvention vom 9. November 1920 hatte Danzig ein Auswandererlager errichtet, das bis jetzt betriebl. Nach Abschluß jener Konvention entstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen Danzig und Polen, da dieses die Ansicht vertritt, die Bestimmungen der Konvention gäben allein der polnischen Regierung das Recht, ein Auswandererlager in Danzig zu betreiben, was Danzig bestritt. Die darüber gepflogenen Verhandlungen haben nun zu einem Abfchluß geführt mit dem Ergebnis, daß für die Dauer von 20 Jahren eine Mischgesellschaft mit dem Sitz in Warschau und eine Zweigniederlassung in Danzig gebildet wird, an der der polnische Fiskus mit 50 Prozent, polnische Banken gleichfalls mit 35 Prozent und die Freie Stadt Danzig oder die von der ernannten Interessenten mit 15 Prozent beteiligt sind. Die Gesellschaft wärdet von der polnischen Regierung die für die Verteilung der deutschen Besitztümer zugewiesene Kaserne in Neufahrwasser und das Neus- und Wärdmännerlager in Wärdmänner und bereits auf Neus-Grundstücken die Neus- und Wärdmännerlager auch für nichtpolnische Gebieten des Reichs. Die Gesellschaft erhält für Unterkunft und Verpflegung ein Entgelt in Höhe von 4 Millionen, wovon ein bestimmter Betrag pro Kopf an die polnische Regierung als Verpächter der Gebäude abzuführen ist.

Für die Einwirkung des Handels von Danzig, das mit dem Abkommen eine unmittelbare Beteiligung an dem Unternehmen gewinnt, ist es von großer Bedeutung, daß durch Konzentrierung eines großen Auswandererwertes im thüringischen Gebiet regelmäßig ein großes Angebot von Schiffen zu erwarten ist, was für die polnische Regierung ein wichtiges Geschäft ist, da sie in einem Schiffenverleih ein Geschäft billiger Frachten zu erwarten hat, ferner in einem Schiffenverleih ein Geschäft billiger Frachten zu erwarten hat, ferner in einem Schiffenverleih ein Geschäft billiger Frachten zu erwarten hat.

Am Freitag, 17. Juni, wurde der Herrsch, wie unser Korrespondent berichtet, fünf einzigen Augen ein aus der Reichspräsidenten, der sich aus auf der Reichsregierung übergebenen ist und die Kreis-Marienburger und Elbinger zu erreichen droht. In einer ganzen Reihe von Dörfern ist die Arbeit vollständig niedergelegt. Danzen von 15 bis 20 Mann mit roten Fahnen ziehen von Ort zu Ort, von Gut zu Gut und zwingen die Arbeiter, zu streiken, wobei sie vor Anwendung von Gewalt nicht zurückbleiben. Zur Verstärkung der Landfriede ist berittene Schuttpolizei aus Marienburg und Elbing herangezogen worden. Die Zentrale der Bewegung ist Ghringh.